

Den Frieden gewinnen *nicht den Krieg!*

Verhandlungen
statt Eskalation!



Sofortiger Stopp
aller Waffenlieferungen!

Demonstration

Ostersamstag, 04. April 2026, 11 Uhr, Julius-Mosen-Platz

Den Frieden gewinnen *nicht den Krieg!*

Immer gefährlicher entwickelt sich die Situation in Europa in Richtung eines großen Krieges. Statt Ansätze für einen Frieden in der Ukraine zu unterstützen, verfolgt die Bundesregierung das Ziel, führende Militärmacht in Europa zu werden. Mit der Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen nimmt sie in Kauf, dass die Kriegsgefahr in Europa wächst und Deutschland zur strategischen Zielscheibe wird. Statt friedensfähig, soll Deutschland kriegstüchtig werden. Statt auf Entspannung und Interessenausgleich durch Diplomatie zu setzen, wird mit exzessivem Feindbildaufbau in Politik und Medien ein Krieg gegen Russland vorbereitet. Statt Sozialleistungen zu verbessern, wird massive Hochrüstung betrieben. Statt in Bildung zu investieren, sollen junge Menschen zu einer Ausbildung zum Töten verpflichtet werden.

Wir sagen NEIN zu allen Kriegen und lehnen Kriegspolitik und Militarisierung der Gesellschaft ab. Nicht Kriegstüchtigkeit ist unser Ziel, sondern Dialog und Abrüstung.

Deshalb fordern wir:

- Anerkennung und Verwirklichung der Menschenrechte und des Völkerrechts
- Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland
- Weltweite nukleare Abrüstung und Unterzeichnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags durch Deutschland
- Sofortiger Stopp aller Rüstungsexporte und Konversion jeder Rüstungsproduktion in gesellschaftlich sinnvolle Arbeit
- Aufnahme und humanitäre Unterstützung aller Kriegsoffer, Kriegsflüchtlinge und Deserteure
- Umwidmung der Rüstungsmilliarden für Klima, Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales
- Keine politische und militärische Unterstützung des Genozids in Palästina, des Krieges in der Ukraine und des syrischen Regimes in seinem Krieg gegen die kurdische Selbstverwaltung
- Keine Genehmigung für die völkerrechtswidrigen Kriegseinsätze der USA von deutschem Boden
- Verwirklichung der Zivilklauseln an den Universitäten
- Bundeswehr raus aus den Schulen - keine öffentliche Werbung für die Bundeswehr
- Abschaffung der Wehrpflicht, auch kein Ersatzdienst

Unterstützende: Antimilitaristisches Projekt Oldenburg, Attac Regionalgruppe OL, DFG-VK, DKP-OL, Filmriss e.V., Linksjugend [solid] Oldenburg/Ammerland, Palästinensische Gemeinde Oldenburg, SDAJ OL-Bremen, Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband Oldenburg

Das Antimilitaristische Bündnis Oldenburg trifft sich jeden 2. & 4. Mittwoch im Monat in der ALSO (Donnerschweer Straße 55)